

---

**Für Sie in Berlin!**

**Markus Grübel MdB berichtet  
aus dem Deutschen Bundestag**



---

### Themen der Woche

---

1. **Fracking regeln!**
2. **Zusammenarbeit NSA und BND**
3. **Wirtschaftsjunior aus Esslingen**
4. **Realschulen aus Wernau und Wendlingen in Berlin**
5. **Gespräch mit Pfarrer Scheifele**
6. **#mirschaffendas**

#### **1. Fracking regeln!**

In erster Lesung beschäftigte sich der Bundestag diese Woche mit einem Gesetzentwurf zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie. Eine gesetzliche Regelung des Frackings wurde im Koalitionsvertrag vereinbart. Wichtig ist uns dabei, dass der Schutz der Gesundheit und des Trinkwassers absoluten Vorrang haben!

Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzespaket sollen zum einen Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes vorgenommen werden, mit denen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserver-

sorgung Rechnung getragen wird. Der Umgang mit Lagerstättenwasser wird geregelt. Wo Risiken nicht zu verantworten sind oder unzureichende Kenntnisse bestehen, wird Fracking verboten!

Weitere Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz beinhalten Regelungen zum Verbot bzw. zur Einschränkung von Fracking in Naturschutzgebieten. Änderungen gibt es auch im Bergrecht. Hier wird die Durchsetzung von möglichen Schadenersatzansprüchen bei Bergschäden erleichtert. Ebenso werden verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfungen eingeführt sowie die bergbaulichen Anforderungen beim Einsatz der Fracking-Technologie verschärft.

## 2. Zusammenarbeit NSA und BND

Der Bundestag beschäftigte sich an diesem Mittwoch gleich in zwei Sitzungen mit der Kooperation des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit der amerikanischen National Security Agency (NSA). Gemeinsam mit der SPD hatten wir eine Aktuelle Stunde zum Thema „Notwendigkeit und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit“ beantragt.

Klar ist: Die Zusammenarbeit von BND und NSA, die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 im Jahr 2002 vom damaligen Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier beschlossen wurde, war in vielen Situationen hilfreich. Es sei nur auf die Anschlagpläne der Sauerland-Gruppe hingewiesen, die auch aufgrund eines Hinweises der amerikanischen Geheimdienste verhindert werden konnten. Dennoch muss die Kontrolle der deutschen Dienste weiter optimiert werden!

Entsprechend unserer Vereinbarung mit den Amerikanern, übermitteln diese dem BND regelmäßig Suchmerkmale, sogenannte Selektoren, nach denen E-Mail-Adressen, Telefonnummern oder IP-Adressen durchsucht werden. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die BND-Abhörstation in Bad Aibling. Hier wird die internationale Satellitenkommunikation überwacht. Abhörziele sind Krisenregionen wie Afghanistan oder Somalia, wo auch deutsche Soldaten im Einsatz waren oder sind, die geschützt werden sollen. Nach Aussage

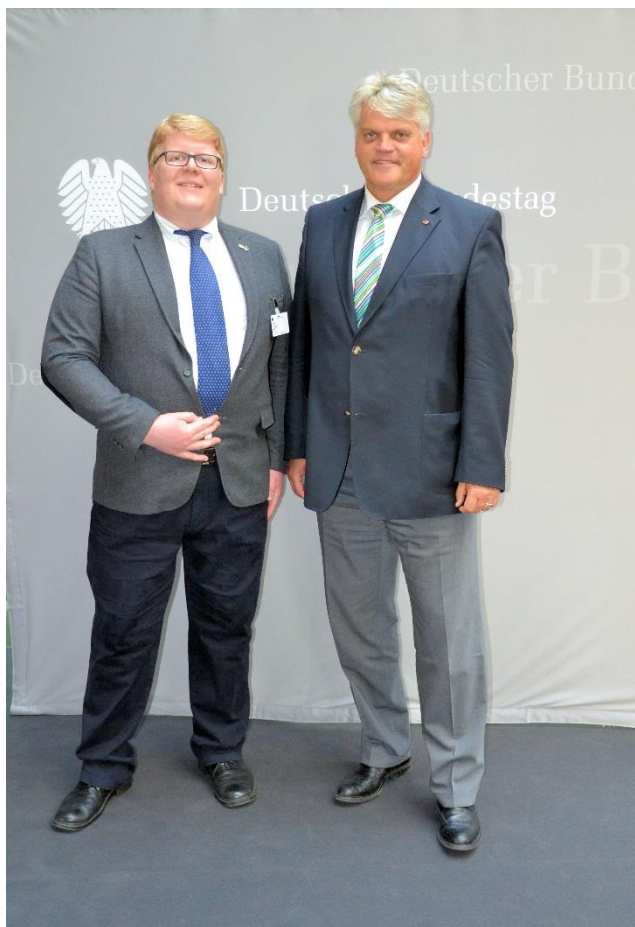
von Minister de Maizière vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium hat das Bundeskanzleramt 2008 allerdings eine Ausweitung der bestehenden Zusammenarbeit mit der NSA abgewiesen, da der BND sie als ‚problematisch‘ eingestuft hatte. Die von den USA gewünschte Kooperation hätte nicht den BND-Sicherheitsmechanismus erfüllt. Der Bundesinnenminister hat die gegen ihn in der BND-Debatte erhobenen Vorwürfe erneut zurückgewiesen!

Eine Konsequenz aus der BND-Debatte lässt sich bereits jetzt ziehen: Wir brauchen eine wirkungsvollere parlamentarische Kontrolle! Diese benötigt mehr Zeit und mehr Personal. Mein Landesgruppenkollege Clemens Binninger, früher Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss, hat daher vorgeschlagen, „einen Geheimdienstbeauftragten des Deutschen Bundestages zu berufen“. Dieser Geheimdienstbeauftragte müsse über einen professionellen Mitarbeiterstab verfügen und weitgehende Befugnisse haben. „Der Geheimdienstbeauftragte geht bei den Diensten ein und aus, wann er will – und bekommt jede Auskunft, die er verlangt. Er kann sich über alles informieren, was die Dienste machen.“ Die Kontrolle der Dienste könne auf diese Weise nachhaltiger und effektiver angegangen werden.

### 3. Wirtschaftsjunior aus Esslingen

Unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ fand in diesem Jahr wieder die Woche der Wirtschaftsjunioren im Bundestag statt. Auch dieses Mal hospitierte ein Wirtschaftsjunior aus Esslingen, Falk Galetzki, in meinem Abgeordnetenbüro.

Herr Galetzki ist im Bereich Personal und Marketing in Esslingen tätig und politisch interessiert. In den vergangenen fünf Tagen begleitete er mich bei meiner Arbeit und hatte die Gelegenheit einen Blick hinter die politische Kulisse zu werfen.



Falk Galetzki und Markus Grübel im Paul-Löbe-Haus

### 4. Realschulen aus Wernau und Wendlingen in Berlin

Es ist immer wieder eine besondere Freude, Schulklassen aus dem Wahlkreis in Berlin zu begrüßen! Im Rahmen ihrer Abschlussfahrten kamen diese Woche Schüler der Realschule Wernau sowie der Johannes-Kepler-Realschule aus Wendlingen zu einem Gespräch und stellten mir jeweils rund eine Stunde Fragen zur aktuellen Politik. Die Diskussionen drehten vor allem um die Fragen, was „gute Politik“ auszeichnet und wie mit zukünftigen Herausforderungen – wie dem demographischen Wandel – umgegangen werden muss!



Markus Grübel mit den Schülern der Abschlussklasse der Realschule Wernau



Markus Grübel mit den Schülern der Abschlussklasse der Realschule Wendlingen

## 5. Gespräch mit Pfarrer Scheifele

Da Pfarrer Scheifele von der Kirchengemeinde Sankt Albertus Magnus Oberesslingen in dieser Woche an einer Tagung in Berlin teilnahm, bot sich die Möglichkeit zu einem Vier-Augen-Gespräch vor einer Plenarsitzung. Dabei ging es vor allem um die Päpstliche Schweizergarde sowie die Militärseelsorge in der Bundeswehr. Das letztgenannte Thema war auch im Verteidigungsausschuss am letzten Mittwoch relevant, da der katholische und evangelische Militärbischof die Abgeordneten über ihre Arbeit informierten und für Fragen zur Verfügung standen.



Pfr. Markus Scheifele und Markus Grübel

## 6. #mirschaffendas

Der VfB Stuttgart hat nicht nur im Schwabenland, sondern überall in Deutschland treue Anhänger, auch im Deutschen Bundestag in Berlin! Seit Kurzem gibt es hier einen VfB Stuttgart Fanclub. Neben weiteren Abgeordneten und deren Mitarbeitern gehöre ich - als langjähriger und bekennender Fan - ebenfalls diesem an. Um den VfB in seiner schwierigen sportlichen Lage zum Saisonendspurt zu unterstützen, haben wir uns als fraktionsübergreifender Fanclub am vergangenen Dienstag zu einer Solidaritätsaktion unter dem Motto „Niemals aufgeben – kämpfen und siegen!“ getroffen. Für diese Aktion wurde extra ein Unterstützerplakat angefertigt. Mit diesem bekennen wir uns solidarisch zum VfB Stuttgart. Für die letzten Spiele möchten wir hiermit unserem Verein den Rücken stärken und wünschen viel Erfolg für den Klassenerhalt! Wir sind uns alle einig: #mirschaffendas



Der VfB-Fanclub des Bundestages auf den Stufen des Reichstags